

## **Entschädigung bei überlangen Prozessen - Bundesrat stimmt verbessertem Rechtsschutz in Gerichtsverfahren zu**

*Am 14. Oktober 2011 hat der Bundesrat dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren zugestimmt. Das neue Gesetz soll überlange Prozesse verhindern und sieht eine angemessene Entschädigung vor, wenn gerichtliche Verfahren zu lange dauern.*

### **Hintergrund**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte seit Jahren das Fehlen eines besonderen Rechtsschutzes bei unangemessen langen Verfahren in Deutschland beanstandet. Erstmals verurteilte der EGMR Deutschland im Jahr 2006 zur Zahlung einer Entschädigung. 125-mal musste die Bundesrepublik seitdem Entschädigungen auszahlen, insgesamt 944.500 Euro. Im September 2010 hatte der EGMR in einem sog. „Piloturteil“ der Bundesrepublik eine Frist bis zum Dezember 2011 zur Schließung der Rechtsschutzlücke gesetzt.

### **Zweistufiges Verfahren**

Das neue Gesetz sieht ein zweistufiges Verfahren vor: Auf der ersten Stufe müssen die Betroffenen das Gericht mit einer Rüge auf die Verzögerung hinweisen. Die Gerichte erhalten durch diese Verzögerungsrüge die Möglichkeit, das Verfahren zu beschleunigen. Verzögert sich das Verfahren dennoch weiter, kann auf der zweiten Stufe eine Entschädigungsklage erhoben werden, wenn das Verfahren „unangemessen lange“ gedauert hat.

### **Unangemessene Dauer?**

Wann ein Verfahren als überlang und damit unangemessen lang zu bezeichnen ist, definiert das

Gesetz nicht. Hier handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, den die Rechtsprechung in der Zeit nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes näher konkretisieren muss. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gab im Jahr 2010 einer Verfassungsbeschwerde wegen der Verletzung des Grundsatzes des effektiven Rechtsschutzes nach Art. 19 Absatz 4 Grundgesetz (GG) aufgrund überlanger Verfahrensdauer in einem sozialgerichtlichen Verfahren statt – das Verfahren hatte insgesamt 10 Jahre, davon allein 3 Jahre und 4 Monate in der Berufungsinstanz – gedauert. Allerdings betonte das BVerfG auch, dass stets durch eine Abwägung im Einzelfall ermittelt werden müsse, ob von einer überlangen und unangemessenen Verfahrensdauer auszugehen sei.

Der EGMR hat in einer Entscheidung vom 08.02.2005 eine Faustregel aufgestellt, dass eine Dauer von ein bis maximal zwei Jahren pro Instanz (d.h. auch für das Verwaltungsverfahren) zu gelten hat, sofern der Fall keine Besonderheiten aufweist.

### **Ersatz von materiellen Schäden**

In diesem Entschädigungsverfahren werden nachweisbare materielle Schäden, d.h. Vermögensschäden, ersetzt.

### **Ersatz auch bei immateriellen Schäden**

Eine Entschädigung erhalten die Betroffenen darüber hinaus auch für immaterielle Schäden – zum Beispiel für seelische und körperliche Belastungen durch das lange Verfahren. Hier ist ein Festbetrag von 1200 Euro für jedes Jahr der Verzögerung vorgesehen, soweit eine Wiedergutmachung auf andere Weise nicht ausreichend ist. Im

Falle einer unangemessenen Verfahrensdauer wird zugunsten des Geschädigten widerlegbar vermutet, dass ein immaterieller Schaden entstanden ist. Diese Vermutungsregelung gilt, da im Bereich der nicht auf das Vermögen bezogenen Nachteile der Beweis eines Schadens oft nur schwierig oder gar nicht zu führen ist.

### **Beweislast**

Für alle Vermögensschäden muss der Betroffene demnach seinen Schaden konkret nachweisen, während ein solcher Schaden im immateriellen Bereich vermutet wird und von der Gegenseite widerlegt werden muss.

Eine Entschädigung wird unabhängig von einem Verschulden der Richter gewährt.

### **Fazit**

Insbesondere die Vertragsärzte haben in der Vergangenheit unter überlangen Verfahren vor den Sozialgerichten leiden müssen. Das Sozialgericht Stuttgart arbeitet derzeit die Verfahren aus dem Jahr 2008 ab, d.h. seit Klageerhebung haben sich die Vertragsärzte, die bereits etwa ein Jahr auf den Widerspruchsbescheid der Kassenärztlichen Vereinigung warten mussten, noch

einmal drei Jahre bis zu einem ersten Verhandlungstermin gedulden müssen. Immer mehr Vertragsärzte haben sich daher in der Vergangenheit gegen eine Klage entschieden, so dass die Klärung streitiger vertragsärztlicher Rechtsfragen unterblieb.

Es bleibt zu hoffen, dass das neue Gesetz hier Abhilfe schafft. Der mittelbare Druck, der durch eine drohende Entschädigung auf die Gerichte ausgeübt werden wird, wird jedoch allein nicht ausreichen. Auch ein Entschädigungsanspruch kann nichts beschleunigen, was mangels ausreichender Ressourcen nicht beschleunigt werden kann. Um den Anforderungen des EGMR gerecht zu werden, muss daher zwingend auch eine personelle und sachliche Ausstattung – insbesondere der Sozialgerichte – vorgenommen werden, damit die Gerichte auch tatsächlich in die Lage versetzt werden, eine Beschleunigung der Verfahren herbeizuführen.

*Nico Gottwald, Sindelfingen  
Rechtsanwalt  
gottwald@rpmed.de*

[www.rpmed.de](http://www.rpmed.de)

#### Impressum:

Ratajczak & Partner, Rechtsanwälte  
Posener Str. 1, 70165 Sindelfingen  
AG Stuttgart (PR 240005), Sitz Sindelfingen  
USt.-Ident-Nr.: DE145149760

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Dr. Detlef Gurgel

E-Mail der Redaktion: [redaktion@rpmed.de](mailto:redaktion@rpmed.de)  
Die Mitteilungen dieses Newsletters enthalten allgemeine Informationen zu rechtlichen Themen. Eine rechtliche Beratung im Einzelfall können sie nicht ersetzen. Für die Richtigkeit der Information übernehmen wir keine Haftung.